



◀ Abgemeldet: Weil Andreas Jamelle kein Software-Update für seinen manipulierten VW Amarok haben wollte, entzog die Zulassungsbehörde dem Auto die Betriebserlaubnis

VW-Betrugsdiesel

Behörden legen Autos still

Wer das Software-Update verweigert, kann die Zulassung verlieren. So geschehen jetzt in Bochum. Und das, obwohl die Wirkung des Updates umstritten ist und womöglich der Rückruf nicht rechtens war

DIE ZULASSUNGSSTELLE Bochum hat ernst gemacht: Am 13. November legte sie Andreas Jamelles VW Amarok still. 18 Monate hatte der Bochumer zuvor Zeit, mit seinem manipulierten Auto dem vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) angeordneten Rückruf zu folgen und das Software-Update aufspielen zu lassen.

Aber „das hatte ich nie vor“, sagt Jamelle. Anfangs befürchtete er Mehrverbrauch oder einen Leistungsverlust. Dann klagten die ersten Bekannten über trägeres Ansprechverhalten des Motors und Schäden an der Abgasrückführung nach dem Update (siehe auch AUTO BILD 8/2017).

Jamelles Argumente sind gut nachvollziehbar. VW gibt keine Garantie, dass sich das Update nicht negativ auf Haltbarkeit oder etwa Verbrauch auswirkt.

Weil sich im Fall eines Streits vor Gericht die Fahrzeugeigenschaften vor dem Update nicht mehr belegen ließen, empfehlen auch Rechtsanwälte in aller Regel, das Update nicht aufspielen zu lassen. Aus diesem Grund – und wegen nicht

weiter erläuterter „verwaltungsrechtlicher Bedenken“ – zog die Zulassungsstelle Euskirchen in einem anderen Fall im Oktober eine zunächst angeordnete Stilllegung nach Widerspruch durch den Halter eines Betrugsdiesels wieder zurück.

Jamelle widersprach nicht, darum steht der Amarok nun bis auf Weiteres ohne gültige Papiere da. Ein kalkuliertes Fiasko, denn ihm geht es inzwischen ums Prinzip: Seine Bemühungen, das Problem außergerichtlich zu regeln, seien allesamt abgelehnt worden, sagt er. Nun will er eine endgültige Klärung vor Gericht – so wie inzwischen etwa 7000 betroffene VW-Kunden bundesweit.

Noch sind es wenige Amarok-Halter, die sich seit mehr als 18 Monaten dem Update verweigern. In den kommenden Monaten dürften aber ungleich mehr Fälle nicht innerhalb der Frist umgerüsteter Passat, Tiguan

oder Golf hinzukommen. Dann werden sich Gerichte bundesweit damit beschäftigen, ob die Teilnahme am Rückruf für die Halter überhaupt verpflichtend ist.

Nach Ansicht vieler Juristen sind Jamelles entwertete Kennzeichen das Ergebnis einer Verkettung juristisch fragwürdiger Handlungen: „Schon der Rückruf an sich ist rechtlicher Unsinn“, sagt Tobias Ulbrich, Rechtsanwalt aus Düsseldorf. Die Genehmigungswirkung der erteilten Typgenehmigung habe sich nicht auf den Dreckmodus, der nur auf der Straße gefahren wird, erstreckt. Die Fahrzeuge seien ohne Genehmigung produziert, angeboten und veräußert worden. Zudem ist „der Rückrufbescheid an den Hersteller adressiert. Betroffene Halter sind daher auch nicht verpflichtet, ein Update aufzuspielen“, sagt Rechtsanwalt Ralf Stoll aus Lahr. Ferner meldet das KBA zwar tatsächlich Rückruf-Verweigerer an die jeweils zuständige Zulassungsstelle. Die ist gegenüber dem KBA aber nicht weisungsgebunden und entscheidet selbst, ob es zu einer Stilllegung kommt oder nicht.

Bei so vielen Fragezeichen sind die Behörden wohl besser beraten, sich ein Beispiel an den Kollegen in Euskirchen zu nehmen und abzuwarten, bis die rechtliche Situation geklärt ist. roky



„Betroffene Halter sind nicht verpflichtet, ein Update aufzuspielen.“

Ralf Stoll, Rechtsanwalt aus Lahr



SCHREIBEN SIE UNS

Sie wollen uns Ihre Meinung zu diesem Thema sagen?

AUTO BILD, Brieffach 55 10, 20350 Hamburg

E-Mail: redaktion@autobild.de
Stichwort:

VW-Stilllegung

FOTOS: DIETMAR WÄSCHE (2), PRIVAT